

11. April 2012

Arme ohne Ärzte - Krise verschlechtert Gesundheitsversorgung

Arme Ausländer und Flüchtlinge, vor allem illegale Einwanderer, finden in der Europäischen Union auch bei bedrohlichen Krankheiten immer schwerer einen Arzt. Dies geht aus einer Studie hervor, die die Organisation Ärzte der Welt (Médecins du Monde) am Dienstag in Brüssel veröffentlichte. «2012 sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gesundheit und auf Gesundheitsfragen in der EU sichtbar.»

Mehr denn je müsse die EU dafür sorgen, dass vor allem jene Menschen, die ohnehin zu den schwächsten und verwundbarsten gehörten, medizinische Hilfe bekämen. Dabei gehe es nicht nur um illegale Ausländer oder bestimmte Randgruppen. Auch für mittellose EU-Bürger sei es «ein bürokratischer Alptraum», in einem anderen EU-Staat nach ärztlicher Behandlung zu suchen. Viele Regierungen hätten die Ausgaben für Gesundheit gekürzt, obwohl die Zahl der Hilfsbedürftigen höher als vor der Krise sei. In Griechenland habe wegen der Sparmaßnahmen der Regierung die Zahl der Armen ohne Zugang zu einem Arzt deutlich zugenommen.

Die Organisation berichtete über knapp 5000 Menschen, die im vergangenen Jahr in Kliniken in München, Amsterdam, Brüssel, London und Nizza kostenlos behandelt wurden. Mehr als die Hälfte der Patienten waren Einwanderer ohne Aufenthaltsrecht. Lediglich in München waren 58 Prozent der Patienten EU-Bürger - vor allem aus Bulgarien und Rumänien. In den anderen Not-Kliniken kamen die meisten Patienten aus Ländern der Dritten Welt.

In der Hälfte der Fälle sei eine ärztliche Behandlung «dringend notwendig» gewesen, berichtete «Ärzte der Welt». Gut 46 Prozent der Menschen mit akuten Krankheiten seien überhaupt nicht behandelt worden, der Rest nur gelegentlich. Knapp 80 Prozent der schwangeren Frauen hätten keinerlei Vorsorgeuntersuchungen gehabt.

Nur knapp 14 Prozent aller Patienten seien Einwanderer gewesen, die schon zuvor von ihrer Krankheit gewusst hätten. Die Vorstellung, Europa werde von Ausländern auf der Suche nach kostenloser medizinischer Versorgung überlaufen, stimme mit den Erfahrungen der Ärzte nicht überein.

Quelle: